

Pressemitteilung

13. September 2022

Bürgergeld

Umfrage: Dreiviertelmehrheit will „Fördern und Fordern“ beibehalten

Berlin – Eine breite Bevölkerungsmehrheit will das neue Bürgergeld nicht zu einer bedingungslosen Sozialleistung machen. Das zeigt klipp und klar eine repräsentative Civey-Umfrage. Rund drei von vier Bürgerinnen und Bürgern (74,4 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass auch beim Bürgergeld der Leitsatz „Fördern und Fordern“ beibehalten werden soll. Nur rund 14 Prozent lehnen das ab, elf Prozent sind unentschieden. Besonders bedeutend ist, dass Fördern und Fordern von den Anhängerinnen und Anhängern aller Parteien unterstützt wird. Unter den der Wählerinnen und Wähler der SPD tun das 77 Prozent, bei denen der Grünen 61 Prozent und denen der FDP 87 Prozent. Wählerinnen und Wähler der Unionsparteien unterstützen das Prinzip Fördern und Fordern zu 86 Prozent. Sogar 51 Prozent der Linken-Wählerinnen und -Wähler wollen diesen Grundsatz beibehalten.

Der Geschäftsführer der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**, **Hubertus Pellengahr**, appelliert an die Regierungskoalition, beim neuen Bürgergeld bewährte und akzeptierte Prinzipien beizubehalten. „Wer Hilfe braucht, muss weiterhin unterstützt werden. Diese Unterstützung soll aber vor allem eine Hilfe sein, möglichst schnell am Arbeitsmarkt teilzuhaben, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Ein faires und gerechtes Bürgergeld kann es daher nur mit Fördern und Fordern geben.“

Die Ergebnisse der Civey-Umfrage finden Sie auf www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de